

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Katja Suding, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Carl-Julius Cronenberg, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Gero Clemens Hocker, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Gyde Jensen, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Benjamin Strasser, Linda Teuteberg, Stephan Thomaе, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Psychische Gesundheit von Studierenden und Auszubildenden

Die Zahl der Studierenden mit einer psychischen Erkrankung ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Nach dem „Barmer Arztreport“ von 2018 ist inzwischen jeder sechste Studierende von einer psychischen Erkrankung betroffen. Dies entspricht etwa einer halben Million Betroffenen. Am häufigsten erkranken Studierende an Depressionen. Bei älteren Studierenden ist der Anteil der Betroffenen besonders hoch und das Risiko, psychisch zu erkranken deutlich höher als in der Durchschnittsbevölkerung (vgl. <https://www.barmer.de/press/infothek/studien-und-reports/arztberichte/barmer-arztreport-2018-144304>). Zudem sind Studierende geisteswissenschaftlicher Studiengänge häufiger von psychischen Erkrankungen betroffen als Studierende in den MINT-Fächern (vgl. https://www.studentenwerke.de/sites/default/files/ft_2013_ausgewaehlte_befunde_zu_psychischer_erkrankung_middendorff.pdf, S. 16). Insgesamt geben 11 Prozent der Studienabbrecher an, wegen einer physischen oder psychischen Erkrankung ihr Studium vorzeitig beendet zu haben (https://www.dzhw.eu/pdf/pub_fh/fh-201701.pdf, S. 36).

43 der 57 deutschen Studierenden- und Studentenwerke verfügen über eine psychologische Beratungsstelle. Diese hatten 2006 noch 66 000 Beratungskontakte verzeichnet. 2019 suchten 34 000 Studierende bei 105 000 Beratungskontakten Hilfe bei den psychologischen Beratungsstellen (vgl. <https://www.n-tv.de/panorama/Nicht-zoegern-sich-Hilfe-zu-suchen-article22166940.html>). In zwei Drittel der Fälle sind die Betroffenen Frauen (vgl. https://www.deutschlandfunk.de/aengste-depressionen-studienabbruch-wenn-studenten.724.de.html?dram:article_id=460415). Die Mittel für psychologische Beratung werden hauptsächlich aus den Studentenwerksbeiträgen der Studierenden finanziert. Die Finanzierungsunterstützung der Länder ist in den letzten Jahren nicht gleichermaßen wie die Studierendenzahl gestiegen (vgl. <https://www.studentenwerke.de/de/content/gute-beratung-f%C3%BCr-studierende-sichern-%E2%80%93>). An den Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind oft keine psychologi-

schen Beratungsstellen vorhanden, sofern vor Ort kein Angebot des Studentenwerks verfügbar ist.

Die Corona-Pandemie droht die Situation für die Betroffenen noch zu verschärfen. 57 Prozent der befragten Studierenden gaben in einer Studie der Universität Würzburg an, dass sie durch die Corona-Krise negative oder sehr negative Auswirkungen auf ihre psychische und emotionale Befindlichkeit erleben oder erwarten (vgl. <https://www.uni-wuerzburg.de/aktuelles/einblick/single/news/studieren-in-coronazeiten/>). Zudem schätzen die Studierenden ihre Work-Live-Balance deutlich schlechter ein als vor der Pandemie (vgl. https://www.fhsg.ch/fileadmin/Dateiliste/5_fachhochschule/corona_2020/Studierendenbefragung-Covid-19-Bedingungen-Ergebnisse.pdf, S. 7). Der Generalsekretär des DSW, Achim Meyer von der Heyde, sieht „geschlossene Hörsäle, Seminarräume, Bibliotheken, Mensen; mögliche Vereinzelung und Isolationsgefühle im ‚at-home-Campus‘; wenig Gegengewicht durch Sport- und Freizeitaktivitäten zum Lernen; kein spontaner Austausch mit Mitstudierenden; für viele aus finanziellen Gründen der Rückweg ins ehemalige Kinderzimmer bei den Eltern; Probleme mit der Studienfinanzierung, dazu Ängste, Stress und sehr viel Unsicherheit“ (<https://www.studentenwerke.de/de/content/krise-im-digital-semester-psychologische>) als Gründe für zunehmende psychische Probleme.

Nach dem „Deutschland-Barometer Depression 2020“ leiden Menschen mit Depressionen doppelt so häufig wie die Durchschnittsbevölkerung an der durch den Lockdown und den Wegfall der Präsenzveranstaltung fehlenden Tagesstruktur (vgl. <https://www.deutsche-depressionshilfe.de/forschungszentrum/deutschland-barometer/2020>). Für einige Studierende mit psychischen Erkrankungen war das Online-Studium jedoch auch eine Erleichterung, da sie im Home-Office von sozialem Druck entlastet sind (vgl. <https://hildok.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/1078>, S. 15). Viele Studierende geben zudem an, dass bei ihnen während des Online-Semesters psychische Beschwerden aufgetreten sind (vgl. <https://hildok.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/1157>, S. 23).

Auch bei Auszubildenden hat sich die Zahl der Fehlzeiten aufgrund von Depressionen oder Anpassungs- und Belastungsstörungen von 2000 bis 2017 um 108 Prozent erhöht. Im Durchschnitt stiegen diese Fehlzeiten in allen Altersgruppen nur um 88 Prozent (vgl. <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/76635/Bei-Azubis-steigen-psychisch-bedingte-Fehlzeiten-ueberdurchschnittlich>). Dennoch ist die Datenlage hier deutlich schlechter und auch zentrale Beratungsangebote gibt es nicht.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Studierende waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren von einer psychischen Erkrankung betroffen (bitte nach Jahren, Ländern, psychischen Erkrankungen, Geschlecht und Alter der Studierenden angeben)?
2. Wie viele Studierende waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zwei Jahren von einer psychischen Erkrankung betroffen (bitte nach Monaten, Ländern, psychischen Erkrankungen, Geschlecht und Alter der Studierenden angeben)?
3. Welche psychischen Erkrankungen treten nach Kenntnis der Bundesregierung bei Studierenden am häufigsten auf (bitte Prävalenzzahlen nach psychischer Erkrankung angeben)?
4. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, in welchen Studiengängen Studierende besonders häufig von psychischen Erkrankungen betroffen sind, und falls ja, in welchen?

5. Hat die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, um Studierenden mit psychischen Erkrankungen zu helfen, und wenn ja, welche?
6. Hat die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, um psychischen Erkrankungen bei Studierenden präventiv vorzubeugen, und wenn ja, welche?
7. Wie viele Beratungskontakte hatten nach Kenntnis der Bundesregierung die psychologischen Beratungsstellen der Studierenden- und Studentenwerke und Hochschulen in den letzten zehn Jahren (bitte nach Jahren, Standort und Hochschultyp – Universität, Hochschule für angewandte Wissenschaften, gemischt – angeben)?
 - a) Wie viele Beratungskontakte an psychologischen Beratungsstellen der Studierenden- und Studentenwerke und Hochschulen kamen nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren aufgrund von finanziellen Sorgen der Studierenden zustande (bitte nach Jahren, Standort und Hochschultyp – Universität, Hochschule für angewandte Wissenschaften, gemischt – angeben)?
 - b) Wie viele Beratungskontakte an psychologischen Beratungsstellen der Studierenden- und Studentenwerke und Hochschulen kamen nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren aufgrund von Lernproblemen oder Prüfungsängsten von Studierenden zustande (bitte nach Jahren, Standort und Hochschultyp – Universität, Hochschule für angewandte Wissenschaften, gemischt – angeben)?
8. Wie viele Beratungskontakte hatten nach Kenntnis der Bundesregierung die psychologischen Beratungsstellen der Studierenden- und Studentenwerke und Hochschulen in den letzten zwei Jahren (bitte nach Monaten, Standort und Hochschultyp – Universität, Hochschule für angewandte Wissenschaften, gemischt – angeben)?
 - a) Wie viele Beratungskontakte an psychologischen Beratungsstellen der Studierenden- und Studentenwerke und Hochschulen kamen nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zwei Jahren aufgrund von finanziellen Sorgen der Studierenden zustande (bitte nach Monaten, Standort und Hochschultyp – Universität, Hochschule für angewandte Wissenschaften, gemischt – angeben)?
 - b) Wie viele Beratungskontakte an psychologischen Beratungsstellen der Studierenden- und Studentenwerke und Hochschulen kamen nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zwei Jahren aufgrund von Lernproblemen oder Prüfungsängsten von Studierenden zustande (bitte nach Monaten, Standort und Hochschultyp – Universität, Hochschule für angewandte Wissenschaften, gemischt – angeben)?
9. Wie erklärt sich die Bundesregierung den Anstieg der Beratungskontakte (vgl. <https://www.n-tv.de/panorama/Nicht-zoegern-sich-Hilfe-zu-suchen-article22166940.html>; bitte erläutern)?
10. Inwiefern sieht die Bundesregierung die derzeitige Gestaltung der Studienfinanzierung als einen Grund für psychische Probleme bei Studierenden an (bitte erläutern)?
11. Welche Gründe sieht die Bundesregierung dafür, dass 14 der 57 deutschen Studierenden- und Studentenwerke über keine psychologische Beratungsstelle verfügen?

Inwiefern sieht die Bundesregierung hier Handlungsbedarf?

12. Wie setzt sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Finanzierung der psychologischen Beratungsstellen der Studierenden- und Studentenwerke sowie Hochschulen zusammen?
 - a) In welcher Höhe stehen nach Kenntnis der Bundesregierung finanzielle Mittel für psychologische Beratung pro Studierenden zur Verfügung (bitte nach Ländern, Standort und Hochschultyp – Universität, Hochschule für angewandte Wissenschaften, gemischt – angeben)?
 - b) In welcher Höhe hält die Bundesregierung finanzielle Mittel pro Studierenden für psychologische Beratung für ausreichend?
 - c) Wie viele Personalstellen für psychologische Beratung stehen nach Kenntnis der Bundesregierung pro Studierenden zur Verfügung (bitte nach Ländern, Standort und Hochschultyp – Universität, Hochschule für angewandte Wissenschaften, gemischt – angeben)?
 - d) Wie viele Personalstellen pro Studierenden für psychologische Beratung hält die Bundesregierung für ausreichend?
 - e) Hält die Bundesregierung die pro Studierenden zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel und Personalstellen für psychologische Beratung für ausreichend (bitte begründen)?
13. Unterstützt die Bundesregierung die Studierenden- und Studentenwerke und Hochschulen bei der Schaffung von psychologischen Beratungsstellen, und wenn ja, wie?
14. Hat die Bundesregierung in den letzten 15 Jahren den Ländern und Studierenden- und Studentenwerken Mittel zur Verfügung gestellt, um Psychologen, Psychotherapeuten, Sozialpädagogen und Fachberater zu finanzieren, und wenn ja, welche (bitte nach Jahren, Ländern und Studentenwerken angeben)?
15. Wie viele Studienabbrüche gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren aufgrund von psychischen Erkrankungen (bitte pro Semester angeben)?
16. Wie viele Auszubildende waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren von einer psychischen Erkrankung betroffen (bitte nach Jahren, Ländern, Geschlecht, psychischen Erkrankungen und Alter der Auszubildenden angeben)?
17. Wie viele Auszubildende waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zwei Jahren von einer psychischen Erkrankung betroffen (bitte nach Monaten, Ländern, Geschlecht, psychischen Erkrankungen und Alter der Auszubildenden angeben)?
18. Welche psychischen Erkrankungen treten nach Kenntnis der Bundesregierung bei Auszubildenden am häufigsten auf (bitte Prävalenzzahlen nach psychischer Erkrankung angeben)?
19. Welche psychologischen Beratungsstellen speziell für Azubis gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung (bitte Standorte und Träger angeben)?
20. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, in welchen Ausbildungsberufen Auszubildende besonders häufig von psychischen Erkrankungen betroffen sind?

Falls ja, in welchen?
21. Hat die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, um Auszubildenden mit psychischen Erkrankungen zu helfen, und wenn ja, welche?

22. Hat die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, um psychischen Erkrankungen bei Auszubildenden präventiv vorzubeugen, und wenn ja, welche?
23. Hat die Bundesregierung in den letzten 15 Jahren den Ländern Mittel zur Verfügung gestellt, um psychologische Beratungsstellen für Auszubildende zu schaffen, und wenn ja, welche (bitte nach Jahren und Ländern angeben)?
24. Unterstützt die Bundesregierung die Berufsschulen, Kammern und Ausbildungsbetriebe bei der Schaffung von psychologischen Beratungsangeboten, und wenn ja, wie?
25. Wie viele Auszubildende haben nach Kenntnis der Bundesregierung ihre Ausbildung aufgrund einer psychischen Erkrankung nicht erfolgreich abschließen können?
26. Welche Gründe sieht die Bundesregierung für die steigende Zahl von Studierenden und Auszubildenden, die von psychischen Erkrankungen betroffen sind?
27. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Auswirkungen der Corona-Pandemie und des daraus resultierenden Lockdowns von Hochschulen, Berufsschulen und Wirtschaft auf die psychische Gesundheit von Studierenden und Auszubildenden?
28. Hat die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, um während der Corona-Pandemie und des daraus resultierenden Lockdowns von Hochschulen, Berufsschulen und Wirtschaft Studierenden und Auszubildenden mit psychischen Erkrankungen zu helfen, und wenn ja, welche?

Berlin, den 12. Januar 2021

Christian Lindner und Fraktion

